



Interviews

Datum: 6. Oktober 2022

Ben Bradshaw im Gespräch mit Bettina Klein

Bettina Klein: Morgen startet der reguläre, informelle Gipfel in Prag, alle 27 EU-Staaten. Heute aber noch größerer Auftrieb in der tschechischen Hauptstadt: 27 EU-Länder plus 17 weitere, darunter die Türkei, Norwegen, die Schweiz, die Ukraine, das Vereinigte Königreich. Wohin diese sich jetzt heute formierende Europäische Politische Gemeinschaft steuert, wozu genau dieses Projekt dienen wird, das ist noch nicht so ganz klar. Und wir können das direkt vertiefen mit einem Politiker aus Großbritannien, mit Ben Bradshaw, Labour-Abgeordneter für den Wahlkreis Exeter in Südwestengland. Schönen guten Morgen!

Ben Bradshaw: Guten Morgen, Bettina!

Klein: Mr. Bradshaw, allgemein gefragt, welche Interessen verbindet das Vereinigte Königreich als Ex-EU-Mitglied mit diesem EU-plus-Format?

Bradshaw: Ich glaube, dass Ihr Korrespondent es sehr gut ausgesagt hat, dass Großbritannien und Liz Truss, unsere neue Premierministerin, nicht isoliert sein will in Europa. Wir spielen eine wichtige Rolle in der Ukraine, wo unsere Waffenlieferungen eine sehr wichtige Rolle gespielt haben, um der Ukraine zu helfen, die russischen Truppen aus ihrem Land zu treiben. Wir haben gemeinsame Interessen in der Energiekrise, bei Einwanderungsproblemen, die viele Länder in Europa haben. Und ich glaube auch, Liz Truss hat auch recht, wenn britische Premierminister viele Probleme zu Hause haben, dann gehen sie sehr gerne zu internationalen Gipfeln, weil es ist vielleicht für sie eine schöne Erleichterung nach einem sehr schwierigen Parteitag diese Woche in Birmingham.

Klein: Da kommen wir gleich noch drauf, lassen Sie uns einen Augenblick noch bei dieser Agenda bleiben. Was wird Liz Truss dort versuchen, an Interessen voranzubringen? Sie selber sind ja in der Opposition, Herr Bradshaw, und deckt sich das mit dem, was Sie da eigentlich erwarten und was Ihre Partei möglicherweise versuchen würde, umzusetzen?

Bradshaw: Ich glaube nicht, dass Liz Truss dies macht, um es leichter für eine zukünftige Labour-Regierung zu machen, dann näher an die EU zurückzukommen, das glaube ich nicht. Ich glaube, sie will wirklich versuchen, die Einheit in unserer Opposition gegenüber Russland zu stärken, es ist auch wichtig, dass zum Beispiel die Türkei zu Stande ist, weil die Türkei auch wie Serbien bis jetzt keine Sanktionen gegen Putin eingeführt. Und diese Einheit, diese europäische Einheit ist auch wichtig für uns und alle unsere Länder. Und dann die Einheit über die Energiekrise, weil viele Leute haben Angst, dass sie in diesem Winter an sehr ernstem Mangel an Energie leiden könnten in verschiedenen europäischen Ländern. Es gibt viele Verknüpfungen, diese Pipelines unter dem Meer zum Beispiel, die, wie wir jetzt im Baltischen Meer gesehen haben, zerstört worden sind. Und wir haben vieles gemeinsam, wo wir zusammenarbeiten können, wir können das aber nicht mehr in der EU in Großbritannien, weil wir ja aus der EU ausgetreten sind leider.

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de

Klein: Ihr Land unterstützt die Ukraine sehr stark und konzentriert sich auch seit dem EU-Austritt sehr stark auf die Zusammenarbeit eben in Formaten wie der Nato. Wir haben schon gehört, es wird jetzt heute nicht unbedingt mit konkreten Ergebnissen gerechnet, aber was wäre für Sie – unter dem Strich – wünschenswert, was ein Ergebnis einer solchen 44er-Runde unter Beteiligung des Vereinigten Königreichs wäre?

Bradshaw: Wichtig für mich wäre ein Neuanfang, nicht ein großer Neuanfang, aber eine Zurücksetzung, ich weiß nicht, ob das das richtige Wort ist.

Klein: Ein Reset?

Bradshaw: Ein Reset, ja, von unserer Beziehung, weil unsere Beziehung hat sehr viel Schaden genommen. Und auch das Problem, das immer noch vor uns steht, in Nordirland, das immer noch ein großes Problem für die britische Regierung, auch für Irland und für die weitere EU ist. Und es gibt Zeichen jetzt in den letzten Tagen, dass vielleicht Liz Truss und diese Regierung ein bisschen mehr kompromissbereit sein könnten. Und das könnte auch ein positives Ergebnis sein, diese bilateralen Sachen werden in Prag in dieser Sache sehr wichtig sein.

Klein: Da würde ich noch mal nachfragen: Viele hoffen ja auf bessere Beziehungen zwischen den Briten und der Europäischen Union, andere meinen wiederum, es ist eigentlich naiv, daran zu glauben, und auch naiv, zu glauben, dass Liz Truss da irgendeinen anderen Weg einschlägt als ihr Vorgänger Boris Johnson. Sie sind da hoffnungsvoller?

Bradshaw: Ich bin hoffnungsvoller, weil ihre Position so schwach ist, ich weiß nicht, ob Sie diesen Parteitag verfolgt haben, aber wir hatten vorgestern eine Meinungsumfrage, die gezeigt hat, dass meine Partei, die Labour-Partei, einen Vorsprung von 38 Prozent hat über die Konservativen. Die konservative Partei steht in einer großen Krise, sie ist sehr schwach, sie hat nicht die Unterstützung der Mehrheit ihrer eigenen Abgeordneten im Parlament. Die Mehrheit hat nicht für sie gewählt als Partei, also wird sie sehr viele Schwierigkeiten haben, harte Politik im Parlament durchzusetzen, auch harte Politik gegenüber Nordirland, harte Politik gegen die Europäische Union, weil es genug konservative Abgeordnete in ihrer eigenen Partei gibt, die auch ein Interesse daran haben, dass wir unsere Beziehungen zu Europa wieder aufbauen.

Klein: Aber unterstützt wird sie, wenn ich das richtig verstehe, vor allen Dingen eben auch von EU-Skeptikern oder Kritikern im Grunde genommen. Das heißt – noch mal konkret nachgefragt –, es gab ja gestern auch die Meldung, dass es noch mal Gespräche in dieser Woche zum Nordirland-Protokoll geben wird. In welcher Richtung, denken Sie, wird Liz Truss oder ihre Regierung da Zugeständnisse machen, um den Gordischen Knoten zu durchschlagen, hat sie da den nötigen Spielraum?

Bradshaw: Ja, das wird hier diskutiert, dass wir vielleicht kompromissbereit wären, zum Beispiel über die Rolle des Europäischen Gerichtshofs zu reden, das wäre ein großer Schritt

vorwärts von Großbritannien. Und wenn wir dann einige Kompromisse über diese Handlungen zwischen Nordirland und Großbritannien von der EU-Seite bekommen könnten, dann könnte ich einen Kompromisspunkt sehen. Aber das Schwierige für Liz Truss ist, sie wird viel mehr als Boris Johnson gezwungen sein, Unterstützung von der oppositionellen Labour-Partei im Parlament brauchen, weil für viele ihrer Positionen in der Politik, wenn sie etwas wegen Nordirland machen will, wenn sie etwas wegen der Wirtschaft machen will, sie hat keine Mehrheit in der eigenen Partei für die Mehrheit. Und man spricht schon darüber, auch innerhalb der konservativen Partei, dass sie nur bis Weihnachten an der Macht bleiben will, weil eben die Situation so wacklig ist.

Klein: Sie haben es angesprochen, den Parteitag, den wir hier natürlich teilweise zumindest verfolgt haben, Sie haben auch die Umfragewerte angesprochen, die für Ihre Partei im Moment ausgesprochen gut sind, das ist überhaupt kein Geheimnis. Sie haben jetzt gerade noch einmal gesagt, möglicherweise hat Liz Truss nur bis Weihnachten, dennoch wird es ja dann wohl keine Neuwahlen geben. Wie optimistisch sind Sie sozusagen, dass diese Stimmung pro Labour anhält, möglicherweise noch zwei weitere Jahre bis zu den nächsten regulären Wahlen? Oder sehen Sie, dass eben doch im Zeitraum bis dahin es noch mal Neuwahlen geben könnte im Vereinigten Königreich?

Bradshaw: Sie haben recht, nach unserem komischen Grundgesetz müssen wir keine Wahlen haben bis Januar 2026. Deshalb können wir nur Neuwahlen haben, wenn die Situation innerhalb der konservativen Partei so schlecht wird, dass die konservativen Abgeordneten selbst entscheiden, dass es besser wäre für Großbritannien, wenn wir in Neuwahlen gehen. Ich bin optimistisch für Labour, ich glaube, dass diese Wirtschaftspolitik, die so viel Schaden angerichtet hat an den Konservativen in den letzten Tagen, das war ein Moment in unserer Politik, wo das wirklich durchgedrungen ist zu den Köpfen der Menschen, der Bevölkerung. Seitdem hat man diese riesige Schwelle in den Meinungsumfragen gesehen. Und das ist sehr, sehr schwierig, dann wiederzugewinnen. Wenn man die Unterstützung und das Vertrauen auf Kompetenz von den Wählern verloren hat als Regierung oder als Premierminister, ist das wirklich sehr, sehr schwierig, das wieder zurückzugewinnen. Und das ist die Herausforderung jetzt für Liz Truss, ob sie das machen kann. Und es wird sehr schwierig für sie, würde ich sagen. Aber ich bin ja ein Labour-Abgeordneter, vielleicht sollten Sie besser einem neutralen Analytiker diese Frage stellen.

Klein: Das werden wir noch machen und haben wir auch schon gemacht. Herzlichen Dank, Herr Bradshaw!

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.